

§ Paderborn, 1. Febr. Der Ausfall der Urwahlen für die erste Kammer kann als ein entschiedener Sieg der constitutionellen Partei betrachtet werden. So haben die Demokraten in Trier nur einen einzigen Wahlmann durchgebracht. Entschieden constitutionell ist ferner die Wahl in Barmen, Crefeld, Düren und Elberfeld ausgefallen. In Münster, das für die zweite Kammer so überwiegend demokratisch gewählt hatte, sind die Urwahlen zur ersten ausschließlich auf Candidaten der constitutionellen Partei gefallen. Aus Magdeburg schreibt man uns, daß unter den vierzehn Gewählten nur zwei Demokraten sich befinden.

*** Berlin, 29. Januar.** Die Gewerbeconferenzen des Handwerker-Parlaments sind heute beendet worden. Die Abgeordneten des Handwerkerstandes bringen ihren Gewerksgegnossen frohe Ausichten mit nach Haus. Die Entwürfe der Regierung über die Ergänzung der Gewerbeordnung und die Einführung des Gewerbegerichts sind von den Handwerkern sorgfältig geprüft und mannigfache Verbesserungen, welche sich an das praktische Bedürfnis anschließen, beantragt worden. Wir erfahren so eben, daß die Regierung gesonnen ist, die vorgeschlagenen Abänderungen im Wesentlichen und nur mit geringen formellen Modifikationen anzunehmen. Morgen wird der Minister für Handel und Gewerbe den Abgeordneten des Handwerkerstandes dies eröffnen und dem Vernehmen nach beim Staatsministerium sofort einen hiernach umgearbeiteten Entwurf zu einem provisorischen Gesetz vorlegen. Das neue Gesetz dürfte demnach binnen 14 Tagen zu erwarten sein. In einer morgen Statt findenden Schlußsitzung wird Herr von Pommer-Esche als Vertreter des Ministers ein Resumé der Verhandlungen geben und die Mitglieder der Conferenz entlassen. — Aus der Provinz Preußen wird gemeldet, daß Kosch's Wahl in Königsberg, Temme's in Ragnit und v. Kirchmann's in den Niederungen als gesichert anzusehen ist.

Berlin, 29. Jan. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Regierung durch ausgedehntere öffentliche Arbeiten den unter den Stürmen des vorigen Jahres gesunkenen Wohlstand aufzuhelfen beabsichtigt. Für die Arbeiter an der Ostbahn sollen 3 Millionen anstatt der ursprünglich etatsmäßigen 1 Million (vorbehaltlich der Genehmigung der Kammern) flüssig gemacht werden, für den Eisenbahntrakt Hammer-Soest-Lippstadt sollen 600,000 Thaler in Verwendung kommen, sobald die Witterung die Aufnahme der Arbeiter gestattet. Der Fortbau der Bahn von Münster nach Rheine soll in Aussicht stehen, insofern in Münster auf eine entgegenkommende Bereitwilligkeit zu rechnen ist. Das gesamte westphälische Eisenbahnnetz würde demnach auf den Staat übergehen, welcher wahrscheinlich die Zinsgarantie übernehmen wird. Die Uebernahme der Nachener-Düsseldorfer Bahn Seitens des Staats wird gleichfalls bereits eingeleitet. D. R.

Frankfurt a. M., 27. Jan. Die Vorsteherinnen des Vereins, welche Er. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann Reichsverweser den von vielen hiesigen Frauen und Jungfrauen verfertigten Teppich zu überreichen die Ehre hatten, haben vom Erzherzog Reichsverweser nachstehendes Schreiben erhalten:

„Ich habe mit gerührtem Herzen die schöne und sinnige Gabe empfangen, die Sie mir bei Gelegenheit meines Geburtstages im Namen Ihrer Mitbürgerinnen dargereicht haben. Diese von deutschen Frauen und Jungfrauen ausgeführte herrliche Arbeit liefert den Beweis, was gemeinsames Zusammenwirken zu leisten vermag. Es wird für die spätesten Tage meines Lebens ein theures Andenken an meinen Aufenthalt in dem schönen Frankfurt, und eine sprechende Erinnerung an die Zeit verbleiben, wo neue Hoffnungen uns Alle belebten, wo der Wunsch, für des Vaterlandes Einigkeit und Kraft im Vereine mit dessen Vertretern zu wirken, dieses Streben mit Erfolg gekrönt zu sehen, mich nach der alten Krönungsstadt geführt hatte. Drücken Sie — ich bitte Sie darum — denen Frauen und Jungfrauen Frankfurts, die im Vereine mit Ihnen dieses schöne Werk mit dem Bilde unserer Germania geschaffen, meinen herzlichsten Dank aus. Sagen Sie denselben, daß dieses Sinnbild Deutschlands, nach seinem vollen Werthe gewürdigt, im Süden unseres gemeinsamen Vaterlandes, wo der kräftigen Alpenjünger biederer Herzen warm und treu für dessen Ruhm und Glück schlagen, aufbewahrt bleiben wird. Ein werthes Zeichen der Anerkennung redlichen Willens und uneigennütziger Bestrebungen, bleibt es für mich und meine Nachkommen ein theures Pfand der Gesinnungen deutscher Frauen.“

Frankfurt, den 23. Januar 1849.

Ihr aufrichtigster Johann.“

**** Frankfurt a. M., 29. Jan.** Heute hat das Reichsministerium sämtliche Bevollmächtigte der deutschen Regierungen

bei der Central-Gewalt versammelt, um ihnen, mit Bezug auf die von der Preussischen Regierung eingelassenen Note officiell mitzutheilen, wie weit die Verathung der deutschen Verfassung in der National-Versammlung gediehen sei, und um durch sie die sämtlichen Regierungen Deutschlands aufzufordern, die etwaigen Erklärungen, welche auf Preußens Einladung an das Reichs-Ministerium einzureichen seien, möglichst zu beschleunigen, da die zweite und also definitive Lesung der Verfassung sehr nahe bevorstehe und mit der längst ersuchten Vollendung derselben nicht gezögert werden dürfe.

— Die „Fr. D. P. A. Z.“ bringt heute die dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Erklärung der Fürstin-Vormünderin und Regentin von Waldeck für ein einziges und selbst erbliches, mächtiges Oberhaupt. Auch von den Regierungen von Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt sind Erklärungen eingelaufen, deren Inhalt der Gesamt-Adresse der thüringischen Fürsten an den König von Preußen entspricht. D. Z.

— Man erwartete heute in der Paulskirche die Mittheilung der preussischen Circular-Note an die Regierungen und Ueberweisung derselben zur Kenntnissnahme an den Verfassungs-Ausschuß. Es ist dies jedoch nicht geschehen, und es scheint auch nicht in der Absicht des Reichs-Ministeriums zu liegen, die Note, welche den allgemeinsten Anschlag findet, zu veröffentlichen. Inzwischen vernimmt man, daß bereits von mehreren Seiten zustimmende Erklärungen der Regierungen einlaufen, und wir dürften bald einer entscheidenden collegialischen Verathung sämtlicher Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt in dieser Angelegenheit entgegenzusehen haben. D. Z.

— 28. Januar. Auch die Oldenburgische Regierung hat gleich der hannoverschen auf die Aufforderung des Reichs-Ministeriums des Handels die erforderlichen Schritte bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan, um das Hinderniß zu beseitigen, welches der Handelsvertrag zwischen Nordamerika und Hannover, dem Oldenburg beigetreten ist, der deutschen Zoll-Einigung in den Weg legt. Obwohl eine Erwiderung von Washington noch nicht erfolgt ist, ist doch Grund vorhanden, es für unzweifelhaft zu halten, daß man dort mit aller Bereitwilligkeit auf die Beseitigung derjenigen Hemmungen eingehen werde, welche der Begründung eines commerciel einigen Deutschland in den Verträgen jetzt noch entgegenstehen.

— **Breslau, 29. Januar.** Die heutigen Wahlen für die erste Kammer sind beendet, aus den Nachrichten die mir bis jetzt zugekommen, ergibt sich ein ganz entschiedener Sieg der constitutionellen Partei. Von den meisten Stadtbezirken habe ich bereits Mittheilungen erhalten, und unter den aufgeführten Wahlmännern befindet sich nicht ein einziger s. g. Democrat. Selbst in denjenigen Stadttheilen, die vorzugsweise von Demokraten bewohnt werden und in denen bei den Wahlen zur zweiten Kammer die monarchisch-constitutionelle Partei in bedeutender Minorität blieb, sind merkwürdigerweise die heutigen Wahlen gut ausgefallen. So ist denn, wenn Breslau einen Maßstab für die demokratischen Theile des Landes abgeben kann, an einem Siege der gemäßigten Partei in anderen Städten nicht zu zweifeln.

Frankfurt a. d. O., 27. Januar. Vorgestern ereignete sich hier ein bedauerlicher Vorfall. Mehrere Soldaten des 1. Bataillons (10. Infanterie-Regiment) erschienen in der Karthause, singen ohne Veranlassung mit den dort friedlich sitzenden Bürgern Streit an, wurden handgemein und machten dabei von ihren scharfgeschliffenen Seiten-Gewehren einen so nachdrücklichen Gebrauch, daß acht Bürger mehr oder weniger schwer verletzt darniederlagen. Einer hat sich durch einen Sprung aus dem Fenster das Bein gebrochen. Wer bei solchen Excessen die Hand im Spiele hat, wollen wir ununtersucht lassen und nur ein verbürgtes Factum berichten. N. Z.

S. Düsseldorf, 31. Jan. Vor einigen Tagen wäre es hier beinahe wieder zu Excessen gekommen. Da der Polizei-Inspector Jaldern erklärt hatte, daß er den Zutritt zu der demokratischen Wahlmänner-Versammlung nöthigenfalls erzwingen würde; Piquets Schützen und Infanterie waren bereits aufgestellt, um auf Requisition der Polizei einzuschreiten. Es kann hier nicht die Rede davon sein, ob dies Eindringen in eine Versammlung von Wahlmännern und solchen, welche es haben werden sollen, sich gesetzlich vertheidigen läßt oder nicht, ob es daher ein Recht der Polizei sei oder eine Uebertretung der Verfassung, wie der Vorsitzende der Versammlung behauptete — so viel ist sicher, in dem jetzigen Zeitverhältnisse ist es eine Taktlosigkeit, einen derartigen Dienst-eifer an den Tag zu legen und schadet dies der guten Sache ungemein. Seitens der constitutionellen Partei ist noch ein letzter Schritt gethan, die anberaumten Maßregeln rückgängig zu machen, indem eine Deputation zum Oberbürgermeister und Regierungspräsidenten gesendet wurde, um auf das Nachtheilige solcher Handlungsweise aufmerksam zu machen und dringend vorzustellen, um